ZUM NEUEN ZIVILSCHUTZGESETZ:

Man braucht nur einen Gartenschlauch,
um allen Bränden heimzuleuchten.
In manchem Fall genügt es auch -
das Haus nur etwas anzufeuchten.
Sobald das Haus sich aber neigt,
hat man sich schnell davonzumachen;
denn die Erfahrung hat gezeigt:
es pflegt dann meistens einzukrachen!

Wenn eine A-Bombe dich verblitzt,
nützt es dir nichts, dich noch zu ducken
bezweifle ruhig, ob es was nützt
die "Diazepam-Pille" noch zu schlucken?
Enorm beruhigt hier immer Brom -
doch niemals hilfts im Strahlenregen!
... und riecht es brenzlich -nach Atom,
brauchst du nicht mehr zu überlegen.

Nach Luftangriff folgt Sonnenschein -
so steht es in der Notvorschrift aus Bonn.
Du prägst dir gut das Merkblatt ein,
schon kommst du heil davon!
Besser - du vertraust nicht diesem Hokuspokus
Zivilschutz ist der falsche Weg!
Das Merkblatt hänge auf den Lokus -
die sollen endlich Frieden vorbereiten,
nicht den Krieg.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

DIE ALTEN FEINDBILDER MÜSSEN ABGEBAUT WERDEN!!!

Die Friedensgruppe Emmelshausen besucht die DDR.

In der Woche vom 5.-10.Mai 1986 unternimmt die F.G.Emmelshausen eine Informationsreise in die DDR. Es sind noch einige Plätze frei.Anmeldung bis spätestens 15.März.(Reisepass erforderlich)

Friedensgruppe Emmelshausen c/o Horst Petry
Hausbayerstr.4 5449 Pfalzfeld Tel. 06746/1639 ★

Friedens-Informationen

Nr. 15 Jan./Feb.1986

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

11. Oktober 1986 bundesweite Großdemo im Hunsrück

Wörner kommt: Stationierung bis März - LKA flippt aus

Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat in Bonn beschlossen, zu einer gemeinsamen Großaktion am Samstag, dem 11.Oktober 1986, am Cruise Missile Stationierungsort im Hunsrück aufzurufen. (mehr S.2)

Im Landeskriminalamt flippt man unterdessen nach schon sattsam bekannter Art aus. Mehrere Hundertschaften Polizei bei Ostermärschen zeugten von hysterischen Einschätzungen durch das Innenministerium in Mainz. Jetzt wird eine "Sonderkommission" für den Herbst im Hunsrück gebildet.

Die Grünen beantragten am 16. Januar eine aktuelle Stunde im Bundestag zur Cruise Missile Stationierung. Verteidigungsminister Wörner "versprach", die Cruise Missile Stationierung verlaufe "ganz nach Plan" und werde im März 1986 abgeschlossen. Der FDP Bundestagsabgeordnete Prof.Dr. Rumpf aus Riesweiler unterstützte uneingeschränkt die Stationierung im Hunsrück, jammerte aber über die schlechte Information der Bevölkerung. Er wurde sofort getröstet. Wörner versprach ihm, mit seinen Abteilungsleitern und Generälen "vor Ort" die Bürgermeister zu informieren.
Wir werden den Besuchstermin rechtzeitig bekanntmachen. Wörner soll seiner Bedeutung entsprechend empfangen werden.

Beschluss

des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 10. Januar 1986:

In Ausfüllung des einstimmig gefaßten Beschlusses vom 15. Dez. 1985 beschließt der KA heute:

1.
Die gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 findet als Großdemonstration am Samstag, dem 11. Oktober 1986, am Stationierungsort der Cruise Missiles (Hasselbach) im Raum Kastellaun/Hunsrück statt.

2.
Im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Großdemonstration finden Aktionen des Zivilen Ungehorsams statt; die Entscheidung über Ort und Zeit liegt bei den vorbereitenden Personen bzw. Gruppen. Bei Aktionen Zivilen Ungehorsams im Hunsrück ist die Zustimmung der "Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe" notwendig.
Die organisatorische Verknüpfung der Großdemonstration mit den Aktionen des Zivilen Ungehorsams und das Verfahren dazu sollen möglichst bis zum 1./2. Februar 1986 geklärt sein.

3.
Inhaltlich orientiert sich die Großdemonstration an den "Fünf Kölner Punkten".
Keine Redner/innen von und für Parteien, keine Funktions- und Mandatsträger und Kandidaten oberhalb der Ortsebene. Parteimitglieder nur mit der qualifizierten Quorumsmehrheit des KA (d.h. Mehrheit dafür, nicht mehr als 15% dagegen).

4.
Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration liegt beim KA und den örtlichen Friedensinitiativen im Hunsrück ("Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe"). Die Friedensinitiative RHMN erhält für die Zeit der Aktion von der Vorbereitung bis zum Ende der Abwicklung Sitz und Stimme im KA und in der vom KA zu bildenden Geschäftsführung.

5.
Am Donnerstag, den 30. Januar 1986, tagt der KA im Hunsrück.

Abstimmung:
JA: 19 NEIN: 0 ENTHALTUNG: 2

W I R B R A U C H E N
noch jede Menge Aktenordner (DIN A 4)
Friedensbüro in Kirchberg

Gedächtnisprotokoll zum Dlegiertentreffen am 10. Januar im Schlo/hotel in Kastellaun

Anwesend waren: Rheinböllen, Emmelshausen, Stromberg, Bubach, Hunsrück-Forum, Kirchberg, Biebertal, Bacharach, Kastellaun, Boppard
und Gäste aus Bitburg, sowie zwei Männer vom Fernsehen (aber ohne Kamera)

1. Bundesweite Großaktion im Herbst '86 im Hunsrück

Helmut berichtet, was er soeben telefonisch aus Bonn erfahren hat : Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA) hat einstimmig mit zwei Enthaltungen beschlossen, der Aktionskonferenz am 1./2. Februar in Bonn eine gemeinsame bundesweite Großaktion im Hunsrück durchzuführen, und zwar am 11. Oktober 86 vorzuschlagen.
Weiterhin heißt es im Beschluß, daß im Aktionsrahmen Aktionen des zivilen Ungehorsams enthalten sein sollen, die ein-zwei Wochen vorher bundesweit laufen sollen. Die Aktionen im Hunsrück sind in Übereinstimmung mit der Hunsrücker FI abzustimmen.
Die FI Rhein-Hunsrück-Mosel soll während der Vorbereitungszeit Sitz und Stimme im KA erhalten.
(Wer die FI vertritt, wurde noch nicht festgelegt. Es wurde angeregt, mehrere dafür zu bestimmen.)

2. Einschätzung und weitere Aktionsplanungen zum Beginn der CM-Stationierung

Nach Einschätzung von James ist es nicht wahrscheinlich, daß bereits alle 96 Cruise Missiles auf dem Flugplatz Hahn eingetroffen sind, sicher aber Teile wie Elektronik, Fahrzeuge usw.
Das sei auch nicht wesentlich. Entscheidend sei, daß die Stationierung nun doch vor 1987 erfolgen soll. Es ist noch in diesem Jahr mit der Stationierung in Hasselbach zu rechnen.
Die Anwesenden betonten, alles zu versuchen, um dieses Waffensystem wirkungslos zu machen. Übungen, die dazu dienen sollen, die Raketentransporter auf schmalen Straßen manövrieren zu können, in Stellung zu bringen und optimale Tarnmöglichkeiten zu finden, sollen beobachtet und behindert werden.

2.1. Es wurde beschlossen, einen Protestbrief an die amerikanischen Senatsmitglieder zu schreiben, der von möglichst vielen Hunsrücker Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet und als Anzeige in der Zeitung veröffentlicht werden soll. James hat sich bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit anderen Bellern einen Text aufzusetzen.

2.2. Das Flugblatt "Achtung, die Raketen kommen" soll in möglichst viele Haushalte verteilt werden. Horst hat vorsorglich schon 5 000 mitgebracht (Anm.: inzwischen sind ca 30 000 gedruckt und im Verteiler)

2.3. Desweiteren wurde angeregt, die Informationsarbeit in den Dörfern wieder zu verstärken (Dia-Vorträge, Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen usw.) Konkretes (Wer, Wann, Wo) wurde nicht festgelegt.

3. Vorschlag der Bitburger

Unsere Gäste aus Bitburg würden gerne mit uns zu einem zweitägigen Seminar einladen auf dem einerseits eine Öffentlichkeit geschaffen werden soll für Leute, die wegen Aktionen des Zivilen Ungehorsams (Blockaden usw.) strafrechtlich belangt worden sind und werden. Zum anderen sollte auf diesem Seminar in einer Art Aktionskonferenz über mögliche Aktionen des Zivilen Ungehorsams im Hinblick auf den Herbst im Hunsrück beraten werden. Erst nach langer zehrender Diskussion konnte das Anliegen in der Art formuliert werden. Es gab große Verständnisschwierigkeiten, was wohl daran lag, daß in unseren Reihen diesbezüglich noch zu wenig konkrete Vorstellungen vorhanden sind. Grundsätzlich wurde zugestimmt diesen Vorschlag der Bitburger auf der Aktionskonferenz zu unterstützen, wobei aber noch nicht klar war, in welchem Maße wir uns an den Vorbereitungen eines solchen Seminars beteiligen können. Es wurde betont, daß für uns unsere Arbeit vor Ort und die Entwicklung eigener Vorstellungen in unseren Reihen im Vordergrund stehen müssen.

4. Inwischen war es 23 Uhr und die Konzentration der Anwesenden ausgeschöpft. Es wurde deshalb noch ganz schnell die Mahnwache eingeteilt und beschlossen, über den diesjährigen Ostermarsch, der wieder zentral für Rheinland-Pfalz im Hunsrück stattfinden soll beim nächsten Delegiertentreffen in Emmelshausen zu beraten.

Für alle Unzulänglichkeiten verantwortlich

Heidrun

IMPRESSUM: Informationen der F.I.
Rhein-Hunsrück-Mosel

V.i.S.d.P. Heidrun Zimmer
Reinhard Sczech
Horst Petry

PROTOKOLL DES DELEGIERTENTREFFENS VOM 24. JAN. 86 IN EMMELSHAUSEN

Vertretene Gruppen: Boppard, Emmelshausen, Kastellaun, Stromberg/Waldalgesheim, Helmut, Frauen der Dauermahnwache (B-Batt.)

1. Koordinierungs-Ausschuß
Nach Erfragung der Bereitschaft, für die FI Hunsrück Sitz und Stimme wahrzunehmen, bleiben zunächst und finden Zustimmung der Delegierten und der von ihnen vertretenen Stammtische: Heidrun und Helmut. Für eine(n) dritte(n) Vertreter(in) wird eine Reihum-Benennung durch die Stammtische für sinnvoll gehalten.

2. Ostermarsch
Vorläufiges Programm bei Heidrun erfragen
Für die FI Hunsrück erscheint eine Auftaktveranstaltung am Hahn und Fahrradfahrt zur B-Battery machbar. Umzingelungsaktion, u.a. alternative Marschrouten für einen Teil der Teilnehmer ist zu überlegen. (Der kastellauner Marktplatz wird möglicherweise Baustelle sein - daher Hauptkundgebung vor der B-Battery?)
Als Kontakt zur Bevölkerung wurden vorgeschlagen und gut gefunden: Aufstellen des Peace-Zeichens aus Blumen mit beigelegtem Informationsblatt zur gefälligen Selbstbedienung durch die Bevölkerung; Verteilung von bunten Osterkarten mit kontrastierendem Text auf Rückseite in die Briefkästen der Bevölkerung.

3. Brief an US-Senatoren etc
Text wurde erneut verändert (siehe Info)

4. Dauermahnwache B-Battery
Die Frauen der Dauermahnwache berichten: bis jetzt durch Polizei nur Räumungsankündigung. Telefonkette für den Räumungsfall erwünscht. Planen u.a. zum Zeltbau usw. gesucht. Besuche durch die FI-Leute sind nicht etwa unerwünscht, sondern erwünscht.

5. Rumpf/Wörner-Sache
Leserbriefe an Hunsrück-Zeitung Simmern!

6. Zivilier Ungehorsam
Über entsprechende Aktionen von externen Gruppen im Herbst sollte schon jetzt nachgedacht werden.

Bernd B.

Nächstes Delegiertentreffen: 7. Febr. 19.30 h
in Kastellaun, Schloßhotel

Gewalt u. Zerstörung an der B-Battery

Blinde Wut und Fanatismus muß die politisch Verantwortlichen getrieben haben, als sie befahlen, in einer Nacht- und Nebelaktion das Mahnmal für den Frieden, die drei Kreuze an der B-Battery, zu zerstören. Kalten Zynismus bescheinigen sie sich, wenn sie erklären, es würde Mutterboden zur Landschaftverschönerung gebraucht.

Mutterboden, der laut Straßenverwaltung Kastellaun aus abgetragenen Banketten besteht und der Blei-, Salz-, Öl- und Gummiabriebverseucht ist.

Pfarrer August Dahl von der evang. Kirchengemeinde Bell als Miteigner hat Strafanzeige wegen Diebstahl und Zerstörung gestellt.

Recherchen der Hunsrücker Zeitung ergaben das gewohnte Bild: Die wahren Verantwortlichen, die Rüstungsfanatiker und politischen Abenteurer, verstecken sich hinter ihrem Beamtenapparat. Es sind die gleichen, die vor jeder Aktion der Friedensbewegung "Gewaltfreiheit" schreien. Es sind die gleichen sich "christlich" nennenden Politiker, die nicht müde werden, die atheistisch-kommunistische Gefahr an die Wand zu malen und gleichzeitig das Symbol der Christen vernichten. Perfekte Heuchler.

Aber mit ihrer Aktion gegen die drei Kreuze öffnen sie immer mehr Hunsrückern die Augen. Dies werden der Ostermarsch, die Herbstaktionen und auch die nächsten Wahlen beweisen.

Die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel wird sich durch solche schändlichen Gewalttaten nicht provozieren lassen und ihren bisherigen erfolgreichen Weg des demokratischen Widerstands weitergehen.

Horst Petry, Pfalzfeld

Foto: HZ 28.1.86

Na, na Herr Professor

Professor Dr. Rumpf (FDP MdB) erklärte in der Hunsrücker Zeitung: "Die Cruise Missiles blieben stationär in Hasselbach gelagert und würden nur im Spannungsfall verteilt und über den Hunsrück transportiert." Na, na Herr Professor, wissen Sie es wirklich nicht besser ? Ich empfehle da beispielsweise die Lektüre der taz vom 27.11.85 über Cruise Missile Mannöver in Greenham Common (England):

"... Auch auf ihrer 17. Spazierfahrt und Mobilitätsübung waren die Marschflugkörper von Beobachtern der Friedensbewegung verfolgt und in ihrem Versteck aufgespürt worden. ... Noch im August hatte sich Charles Donnely, Chef der US-Luftwaffe in Europa, in der US-Militärzeitschrift 'Aviation Week' über die "Dauerhaftigkeit des Protests in Greenham Common" gewundert. Aufgrund der hohen Kosten für den Polizeischutz des Militärkonvois (240 000 Mark pro Ausflug) habe man die Uebungen außerhalb der Basis auf fünf Tage im Monat beschränken müssen. Die Marschflugkörper in Greenham Common seien damit "nur zu 75 Prozent einsatzbereit", hatte der General den Frauen von Greenham und den Mitgliedern von "Cruise Watch" ein großes Kompliment ausgesprochen."

Die Berichterstattung in der taz hat mich dazu veranlaßt die Frauen von Greenham Common anzuschreiben und für eine Informationsveranstaltung in den Hunsrück einzuladen.

Hätte der gute Professor gewußt, welche Diskussion er mit seinen unqualifizierten Äußerungen auslöst, ich glaube er hätte geschwiegen. In der Hunsrücker Zeitung wurden mehrere Leserbriefe dazu abgedruckt. Besonderes interessante am 17.1.86. Helmut Jordan (Hesweiler): "Sachverstand sollte angezweifelt werden ..." und Armin Müller (Kastellaun): "Taktik des Vernebelns und Einlullens ...". Wer an dem gesamten Vorgang interessiert ist, kann für 2 DM in Briefmarken eine Pressespiegel im Friedensbüro bestellen. (Friedensbüro, 6544 Kirchberg, Hauptstr.40) Der Pressespiegel enthält auch andere interessante Artikel der letzten Wochen aus verschiedenen Zeitungen.

Reinhard Bezsch

Um 100 Prozent "geirrt"

Am 19.4.85 antwortete das Verteidigungsministeriums auf einen "Offenen Brief" aus Hasselbach:
"Für das neue Waffensystem wird ein Schutzbereich benötigt. Hierbei ist keine Erweiterung des noch bestehenden Schutzbereiches der FlaRakStellung (NIKE), die sich vorher auf einem Teil des Geländes befand, vorgesehen. Die Schutzzonen des neuen Waffensystems haben im Gegenteil eine geringere Ausdehnung."

Wir berichteten schon im darüber: alles gelogen. Jetzt wissen wir aber auch genau um wieviel sich die "Experten" vom Ministerium vertan haben. Um glatte 100 Prozent.

Der alte Schutzbereich vom 12.7.1974 war 415 Hektar groß. Der neue soll 830 Hektar groß werden. Zeichnungen vom Wehrbereichskommando IV und vom Verteidigungsministerium die der Friedensinitiative vorliegen beweisen diese Zahlen.

Nach Auskunft des Staatssekretärs Dr. Ermisch an den SPD Bundestagsabgeordneten Pauli ist die neue Schutzzonenverordnung noch nicht gültig. In einem Umkreis von 1000 m um den früher auf dem Gossberg gelegenen Feuerleitbereich besteht noch eine Bauhöhenbeschränkung. Wie der Staatssekretär weiterhin gnädiglich mitteilt, soll diese mit Anordnung des neuen Schutzbereiches aufgehoben werden. Endlich dürfen auch die Hundheimer hoch hinaus bauen.

Schon geht auch das große Geschäft mit den Amis los. Eine Fertighausfirma wirbt mit glänzender Kapitalanlage: Fertighausbau zur Vermietung an die Amerikaner. Da diese Mieten mit Steuergeldern subventioniert werden winkt kräftiger Profit. Abrüstungsverhandlungen und die normalverdienenden Mieter vom Hunsrück werden dabei nicht mehr berücksichtigt.

Reinhard Sczech

Finanzminister Wagner antwortet Mertes:

Bürokratenchinesisch total

Der rheinlandpfälzische Minister der Finanzen, Dr. Carl Wagner, hat dem SPD Landtagsabgeordneten Mertes aus Buch auf eine Anfrage zur Cruise Missile Stationierung geantwortet.

Zur Geheimhaltung: "Die Zweckbestimmung der Maßnahme durfte zunächst aus militärstrategischen Gründen nicht bekanntgegeben werden. Inzwischen hat der Bundessicherheitsrat die Auflage über die Geheimhaltung der Zweckbestimmung gelockert. Vor dieser Zeit war es deshalb nicht gestattet, Informationen über den Zweck der Anlage zu verbreiten. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß Rückschlüsse über die Zweckbestimmung eher aus Lageplänen u.ä. als aus Fotografien, die von einem Standpunkt außerhalb des eingezäunten Bereiches aufgenommen wurden, gezogen werden können." (Wippermann ich hör dir trappsen ...)

Eine Einlage perfekter Bürokratensprache liefert der Minister in der Antwort ob denn nun Fotografieren verboten sei oder nicht:

"Die Schilder vor der Zaunanlage mit der Aufschrift "Fotografieren verboten .... Staatsbauamt Koblenz-Nord" sind auf Veranlassung der Standortverwaltung Kastellaun von der Bauleitung aufgestellt worden. Sie konnten, nachdem der Bundessicherheitsrat die Geheimhaltung der Zweckbestimmung gelockert hatte, wieder entfernt werden.

Im übrigen sind selbstverständlich auch ohne besonders kenntlich gemachtes Verbot die geltenden Strafvorschriften zu beachten, insbesonders § 109 g STGB, der in Verbindung mit Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes auch zu Schutz der in der Bundesrepublik stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes anzuwenden ist; auf die Bußgeldvorschriften nach § 114 des Ordnungswidrigkeitengesetzes in Verbindung mit Artikel 7 a des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes (unbefugtes Betreten militärischer Anlagen) und der §§ 5 Abs. 2, 27 des Schutzbereichsgesetzes (Verstoß gegen das Fotografierverbot im Schutzbereich) sei ergänzend hingewiesen."

Ist es nun verboten oder nicht ? Sie werden es kaum glauben: diese Antwort soll verschämt umschreiben, es darf an der Cruise Missile Baustelle bis auf weiteres fotografiert werden. Die Geheimhaltung ist gelockert. Wenn die Raketen in Hasselbach sind, wird sich das schnell ändern.

Liebe Friedensfreunde,

Der diesem Info beiliegende "Offene Brief" soll an alle Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses im amerikanischen Kongress verschickt werden. Wenn möglich mit einem Foto vom "schönen" Hunsrück und als Kontrast dazu einem Bild vom Stacheldrahtverhau um die Raketenbaustelle.

Zuvor soll dieser Brief in der Hunsrücker Zeitung als Anzeige mit möglichst vielen Unterschriften erscheinen. Helft mit ! Sammelt massenweise Unterschriften ! Im Bekanntenkreis, Stadt und Dorf, bei Kollegen - kurzum überall.

Obwohl der Klartext Verlag (Kriegsvorbereitung im Hunsrück) schon eine kleine Spende zugesagt hat und Rosi Heidecker vom (ehemaligen) Simmerner Friedensstammtisch einen größeren Kassenbestand in Aussicht gestellt hat, ist die Finanzierung der Anzeige noch nicht gesichert. Ich hoffe es gelingt Euch, bei vielen Unterzeichnern eine kleine Spende hierfür zu bekommen. Bei der letzten großen "Anzeigen Aktion" wurden durchschnittlich 10 Mark gespendet - aber wer kein Geld geben will oder nur eine Mark - auch kein Problem.

Der Text des Briefes wurde von Jutta und August Dahl, Gerhard Lorenz, Elisabeth und James entworfen. Mit Beiträgen vom Emmelshausener Friedensstammtisch, Michael Jordan und Joachim Mertes wurde er überarbeitet und verbessert.

Die Adressen der 50 Senatoren von Alabama bis Wyoming und der 434 Mitglieder des Repräsentantenhauses wurden uns schon zugeschickt. Wenn wir auch noch die Stellvertreter anschreiben wollen, müßten wir knapp 1000 Briefe verschicken. Wer hat Lust Adressen zu tippen? Um Porto zu sparen wird die Botschaft der USA in Bonn gebeten die Briefe in Empfang zu nehmen. Vielleicht mit einer spektakulären Aktion verbunden ?

L A N D T A G R H E I N L A N D - P F A L Z

Abgeordneter
Joachim Mertes

An das
Büro der Friedensinitiative
Frau H. Zimmer-Wagner

Herrn Ortsbürgermeister
Willi Zimmer und Ortsvorsteher

Sehr geehrte Damen und Herren,

28. Januar 1986
jm/ee

der Vorsitzende der Fraktion der SPD im Landtag, Herr Rudolf Scharping, möchte am Dienstag, den 4. März u.a. die Nato-Baustelle und die Gemeinde Bell besuchen.

Wir beabsichtigen den Bauplatz zu besichtigen und im Anschluß ein Gespräch mit den Ortsvorstehern, dem Bürgermeister und Vertretern der Friedensinitiative zu führen.

Beigefügt haben wir Ihnen den geplanten Verlauf und wären Ihnen verbunden, wenn Sie die Einladung annehmen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Mertes

Besuch des SPD-Landesvorsitzenden Rudolf Scharping MdL
am Dienstag, 4. März 1986 im Rhein-Hunsrück-Kreis

1.)	9.00	Simmern Kreisverwaltung, Begrüßung durch LR Dr. A. Jäger
2.)	9.30	Simmern Betriebsbesichtigung Demag-Pokorny
3.)	11.15	Weiterfahrt nach Kastellaun
4.)	11.30	Kastellaun Besuch der Nato-Baustelle Hasselbach
5.)	12.30	Mittagessen mit Fi
6.)	14.00	Weiterfahrt nach St. Goar
7.)	14.30	Oberwesel Gespräch mit Krankenhaus-Verband
8.)	15.45	Weiterfahrt nach Buchholz
9.)	16.00	Buchholz Betriebsbesichtigung Bomag
10.)	17.30	Pause
11.)	18.00	Buchholz Gespräch mit Betriebsräten/AFA Abendessen
12.)	19.45	Weiterfahrt nach Boppard
13.)	20.00	Bürgerempfang in Boppard/Rhein
14.)	22.00	Ende des Besuches

Frieden braucht Bewegung
Für eine andere Politik
Abrüstung jetzt
Friedenskampagne 86

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 11. Oktober nach Hasselbach/Hunsrück

Wir brauchen eine andre Politik. Es gibt keine Sicherheit mit immer mehr Waffen. Dies ist ein tödlicher Irrtum. Weltraumwaffen, Atomraketen, modernste Kriegstechnik und die Rückkehr zum Faustrecht gegenüber den Völkern der "Dritten Welt" rücken die Menschheit näher an den Abgrund.

Es muß ein Anfang gemacht werden, die riesigen Waffenarsenale abzurüsten. Wir wollen unseren Kindern eine Welt übergeben, die frei ist von atomarer Bedrohung. Dazu müssen alle Massenvernichtungswaffen abgeschafft werden. Alle Menschen und Völker sollen ihr Leben frei von Furcht gestalten können - friedlich und gerecht. Wir wollen eine Welt frei von Sexismus und Rassismus. Durch Abrüstung und eine neue Friedenspolitik verschaffen wir uns Möglichkeiten, den sozialen und ökologischen Ruin abzuwenden. Wir brauchen Arbeit für alle und Brot für alle. Statt Westeuropa mit aufzurüsten, muß die Bundesrepublik eigene Abrüstungsschritte gehen.

Wir fordern:

1. Keine Beteiligung unseres L andes an Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen - und Raketenabwehr - hier und überall. Sie schützen niemand und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.

2. Pershing II und Cruise Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!

3. Statt die Bundeswehr weiter mit offensiven Waffen aufzurüsten, muß der Rüstungshaushalt gesenkt werden.

4. Wir fordern, den Einfluß des Militärs auf unser Leben zurückzudrängen, den Militärdienst zu kürzen, die illusionäre Zivilschutzplanung zurückzunehmen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger einzuschränken.

5. Wir fordern, Rüstungsexporte zu beenden und sich der Unterdrückung von Völkern der "Dritten Welt" entgegenzustellen.

Alle chemischen + biologischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomwaffentests sollen sofort gestoppt werden.

Vorliegende, weitreichende Vorschläge zur vollständigen atomaren Abrüstung, wie z.B. den der Sowjetunion, erfordern eine positive Antwort. Die Stationierung von Cruise Missiles zeigt, daß die Bundesregierung keine Abrüstung will.

Wir haben gelernt: Frieden braucht Bewegung. Nur durch unser eigenes Handeln werden unsere Forderungen unüberhörbar.

Im Jahr vor den Wahlen zum Bundestag müssen Weichen gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß keine Regierung mehr den Willen der Bevölkerung übergehen kann.
1986 muß zum Jahr des Friedens werden!

Wir sehen heute, daß die Politik seit vielen Jahren die Menschen vereinzeln, entsolidarisieren und wehrlos machen will. Dann sind sie besser zu beherrschen. Dagegen müssen sich die sozialen Bewegungen stellen - die Friedensbewegung, die, die in Schwandorf gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage kämpfen, die Frauenbewegung, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften. Der gemeinsame Widerstand ist nötig.

Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf:

- Macht mit bei der Friedenskampagne 86 der Friedensbewegung!
- Kommt zur bundesweiten Demonstration und Kundgebung an der Cruise Missiles-Basis in Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober 1986! Unterstützt Aktionen zivilen Ungehorsams!
- Meßt die Wahlversprechen der Parteien an den Forderungen der Friedensbewegung.

Es gibt einen Weg: Frieden schaffen ohne Waffen

****

Anmerkung: Dieser Aufruf wurde auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2.Febr.86 von den über 700 Vertretern von Friedensgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet in Bonn-Beuel einstimmig beschlossen. Gerhard Lorenz aus Bell hat mit seinem Diavortrag vor dem Plenum die Herzen und Köpfe aller Vertreter für den Hunsrück gewonnen !!!
Auch folgende "Friedenskampagne" wurde ohne Gegenstimme angenommen.
Am Donnerstag, den 30.Jan. war der Koordinationsausschuß der Friedensbeweg. in Hasselbach mit 35 Personen. Bei einer über zweistündigen Busrundfahrtum Hasselbach herum (v.Kastellaun bis HAHN), konnten sich die Spektrenvertreter im KAein Bild von der Militarisierung hier machen. Dabei wurde mehrheitlich derBeller Marktplatz als einzig geeigneter Abschluß-/Kundgebungsort festgelegt.
Helmut Jordan Heidrun Zimmer

Die Aktionskonferenz vom 1./2. Februar 1986 ruft auf zur

FRIEDENSKAMPAGNE

F R I E D E N B R A U C H T B E W E G U N G
F Ü R E I N E N E U E P O L I T I K - A B R Ü S T E N J E T Z T !

1. Unter dieser Losung beginnt die Friedensbewegung 1986 eine breite Kampagne für den Frieden,
   - o um die Bevölkerung über das gesamte Ausmaß und den gesamten Umfang der Aufrüstung zu informieren
   - o um die Forderungen der Friedensbewegung unüberhörbar deutlich zu machen
   - o um eine verstärkte Aktivität der verschiedenen Initiativen, Gruppen und Strömungen der Bewegung zu erreichen und weitere Teile der Bevölkerung zur Mitarbeit zu gewinnen.

   Die Kampagne hat ihren Auftakt zu den Ostermärschen. Sie findet weitere Höhepunkte bei der Mobilisierung für die Großdemonstration im Hunsrück und zu den Bundestagswahlen im Januar 1987.

2. Grundlage der Kampagne sind die Forderungen der Friedensbewegung, wie sie auf dem "Großen Ratschlag" 1985 und auf der Aktionskonferenz im Januar 1986 gemeinsam beschlossen wurden ("5 Punkte").

3. In die Kampagne werden Aktionstage eingebaut, an denen die Menschen vor Ort mit vielfältigen und phantasievollen Aktionen auf die Ziele der Friedensbewegung aufmerksam gemacht werden. Erste Aktionstage finden zu regelmäßig wiederkehrenden Zeitpunkten (z.B. "langen Samstagen"),"traditionellen" Tagen (z.B. 8. Mai, 6. August, 1. September) oder zur Unterstützung von Aktionen Zivilen Ungehorsams statt. Die vier Samstage vor der Demonstration im Hunsrück sind Aktionstage zur Mobilisierung auf die Hunsrück-Aktion.

4. Mit der Kampagne mischt sich die Friedensbewegung auch in den Wahlkampf ein, um durch Anzeigenaktionen, Motivplakate und in anderen Formen die Ziele der Friedensbewegung unüberhörbar und unübersehbar zu machen.

5. Die Kampagne umfaßt auch Veranstaltungen und Aktionen von beruflichen Initiativen, örtlichen und regionalen Bündnissen, Frauengruppen, Bürgerinitiativen, Gruppen für Aktionen Zivilen Ungehorsams usw. Mit den entsprechenden Gruppen, Personen und den Gewerkschaften wird ein aufeinander abgestimmtes, gemeinsames Vorgehen angestrebt.

6. Im Rahmen der Friedenskampagne werden den Bürgerinnen und Bürgern an Infoständen, Büchertischen, auf Versammlungen usw. "Friedensbausteine" angeboten. Sie sollen ein Symbol des gemeinsamen Friedenswillens sein und die Bevölkerung zur Mitarbeit in der Friedensbewegung anregen. Die Einnahmen stützen die Friedenskampagne, insbesondere die Großaktion im Hunsrück, die Anzeigenkampagne zur Bundestagswahl sowie weitere konkrete Projekte wie z.B. die Aktion "Friedensacker" (96 Holzkreuze) am Stationierungsort der Cruise-Missiles im Hunsrück.

7. Der Koordinierungsauschuß wird beauftragt, auf dieser Grundlage bis zu den Ostermärschen ein Kampagnenkonzept auszuarbeiten.

VERBANDSGEMEINDE KASTELLAUN

GRÜNE im Verbandsgemeinderat

josef trauth 5448 roth nr.18

antrag zum top 10 der vgr-sitzung am 18.12.1985

der vgr möge beschließen:

der vgr kastellaun verweigert dem vorgelegten haushaltsplan seine zustimmung als zeichen des eindringlichen protestes gegen die in wenigen wochen bevorstehende aufstellung der 96 marschflugkörper auf dem gebiet unserer verbandsgemeinde. wir können nicht unsere täglichen amtshandlungen fortführen als geschähe dieses unser leben bedrohende nicht.

begründung:

der vorgelegte haushaltsentwurf setzt die bisherige linie der verbandsgemeinde fort und zeigt die zweifellos fundierte arbeit der verwaltung.
aber es kann nicht mehr alles seinen gewohnten gang gehen: jetzt schon umgeben von allen seiten von todesmaschinen, müssen wir uns nun eine der größten vernichtungszentralen der welt in unser haus setzen lassen. dagegen helfen nur widerstand und ziviler ungehorsam.
viele bürger haben das erkannt und beteiligen sich daran.
wir hier im vgr sollten gerade in unserer funktion als gewählte kommunalvertreter nicht abseits stehen. in einem akt bewußten widerstandes können wir der öffentlichkeit, den aufsichtsbehörden, der landes- und bundesregierung kundtun. daß wir gegen die aufstellung der marschflugkörper sind.
die verweigerung der zustimmung zum haushalt (davon ausgenommen der stellenplan und abwasserplan) ist keine ablehnung des haushaltsentwurfs an sich. sondern eine symbolische handlung gegen die neuen raketen.

roth, 15.12.85 josef trauth

DerAntrag wurde vom Verbandsgemeinderat mit einer Gegenstimme- der des Antragsstellers - abgelehnt. Die Begründung geht aus dem Sitzungsprotokoll nicht hervor und ist bei den entsprechenden Ratsmitgliedern, die einigen sicher bekannt sein dürften zu erfragen.

Heidrun

Manifestitation spezialdemokratischer Abrüstungspolitik, oder was?

Der nachfolgende Text stellt Auszüge aus einem Brief des"Sicherheitsexperten"(und ehemaligen Juso-Vorsitzenden) der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten D. Vogt an den Abgeordneten der GRÜNEN, Torsten Lange dar. Vogts Brief ist die Reaktion auf eine Anfrage Torsten Langes an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel. Torsten Lange hatte hierin das unklare Abstimmungsverhalten der SPD-Delegierten in der Nordatlantischen Versammlung in San Francisco hinterfragt. Die Mehrheit der SPD-Delegierten hatten sich dort nämlich bei der Frage der Ablehnung oder Unterstützung von SDI, auch bekannt als "Ronald Reagans Krieg der Sterne", nach guter, alter spezialdemokratischer Tradition der Stimme enthalten. Der folgende Text spricht für sich. Die Hervorhebungen stammen vom Verfasser dieses Artikels.

".... . Begründet aber bleiben unsere Sorgen wegen der Außen- und Sicherheitspolitik der GRÜNEN. Es bleibt auch unsere Kritik an der Ablehnung des Eureka-Projekts durch die GRÜNEN.
Als Mitglied der Nordatlantischen Versammlung weißt Du genauso gut wie ich, daß eine Bundesregierung, die für den Austritt aus der NATO einträte, sich in Westeuropa politisch isolieren und außenpolitisch weitgehend handlungsunfähig werden würde. Warum trittst Du weiterhin öffentlich für den Austritt aus der NATO ein, obwohl Du selber am besten wissen müßtest, daß die Zustimmung der GRÜNEN zur Mitgliedschaft in der NATO Vorbedingung für jede Regierungs- und Koalitionsfähigkeit der GRÜNEN auf Bundesebene ist?
Dringend klärungsbedürftig ist auch die Haltung der GRÜNEN zum Verteidigungshaushalt. Ohne Zustimmung zu einem Verteidigungshaushalt sind die GRÜNEN - wie Du und andere Abgeordnete der GRÜNEN am besten wissen - auf Bundesebene weder koalitions- noch regierungsfähig. .....
Die GRÜNEN aber besitzen bisher kein sicherheits- und abrüstungspolitisches Konzept, in dem auch die militärische Verteidigungsfähigkeit einen legitimen Platz einnimmt. Diese Lücke läßt sich dauerhaft nicht mit Taktik überbrücken. Solange die GRÜNEN diese konzeptionelle Lücke nicht ausfüllen, verdammen sie sich auf Bundesebene faktisch zur Regierungs- und Koalitionsunfähigkeit. Denjenigen innerhalb der GRÜNEN, die - wie Du - daran interessiert sind, die GRÜNEN auch auf Bundesebene koalitions- und regierungsfähig zu machen, müßten meiner Meinung nach auch den Mut finden, die sich hieraus ergebenden politischen Konsequenzen gegenüber der grünen Basis offen und öffentlich zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Karsten D. Vogt"

Jetzt wissen wir es also endlich, lieber Karsten Vogt: Koalitions- und regierungsfähig ist nur, wer auch des militaristischen Denkens mächtig ist. Zumindest wenn der Partner SPD heißt.

Axel Weirich

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

☐ Anbei 10,- DM für 1o FRIEDENS-INFOS
☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:
Vor- und Zuname
Straße/Hausnummer
PLZ/Wohnort
Telefon

einsenden an:
Büro für Friedensarbeit
Hauptstr. 40
6544 Kirchberg (06763/3709)

Spendenkonten:
Verein f. friedenspol. u. dem. Bildung Volba Kirchberg
BLZ 56061472 Ktc 1013591

Pschkto Ffm - Sonderkonto-
Hildegard Engelmann,
Konto Nr: 44 1898 - 603

Öffnungszeiten: Mo 18- 20 Uhr, Di 9.30 - 13 Uhr, Do 9.30 Uhr-13 Uhr u. 17 - 19 Uhr, Sa 1o.30 - 14 Uhr

Kühn oder voller Fallen? Das sind die wichtigsten Punkte aus Gorbatschows 3-Stufen-Plan

Ein Plan zur Befreiung der Welt von Atomwaffen oder zur Entwaffnung des Westens? Ein ebenso kühnes wie konkretes Konzept zur Abrüstung oder ein Papier voller Fallen? Es geht um den sowjetischen 3-Stufen-Plan zur Beseitigung aller Nuklearwaffen. Bürgerliche Politiker und Medien versuchen, ihn vom Tisch zu wischen. Was in diesem Plan tatsächlich drinsteht, wird meistens verschwiegen. Die UZ nennt die wichtigsten Punkte.

Erste Etappe: 1986–1990/93

● Die UdSSR und die USA reduzieren die Kernwaffen, die das Territorium des anderen erreichen können, auf die Hälfte. Beide behalten für die verbleibenden Trägermittel gleichviel, höchstens 6000 Gefechtsköpfe.

● UdSSR und USA verzichten beiderseits auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen.

● Die Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA in Europa (ballistische Raketen wie Pershing II und SS 20 sowie Flügelraketen wie „Cruise-Missiles") werden vollständig abgebaut und beseitigt.

● Die USA verpflichten sich, ihre strategischen und Mittelstreckenraketen nicht an andere Länder zu liefern, wie das die UdSSR schon praktiziert.

● Die englischen und französischen Atomwaffen bleiben in der ersten Etappe erhalten; England und Frankreich verpflichten sich aber, ihre Atomwaffen nicht weiter aufzustocken.

● UdSSR und USA vereinbaren die Einstellung aller Kernexplosionen (Teststopp), um dadurch die Entwicklung neuer Arten von Atomwaffen unmöglich zu machen. (Die Sowjetunion verlängerte gleichzeitig ihren einseitigen Verzicht auf Durchführung von Kernwaffenversuchen, der seit dem 6. August 1985 eingehalten wurde, um weitere drei Monate bis zum 31. März 1986 und ruft die USA auf, sich diesem Beispiel anzuschließen.)

Zweite Etappe: 1990–1993/97

● Die anderen kernwaffenbesitzenden Staaten schließen sich dem Abrüstungsprozeß an. Als ersten Schritt frieren sie ihre sämtlichen eigenen Kernwaffen ein. Gleichzeitig verpflichten sie sich, keine Atomwaffen auf den Territorien anderer Länder zu haben.

● Die UdSSR und die USA setzen die Reduzierung ihrer strategischen Kernwaffen und Mittelstreckenwaffen fort. Gleichzeitig frieren sie ihre taktischen Kernwaffen ein.

● Nach Abschluß der Reduzierung der strategischen Kernwaffen auf die Hälfte beseitigen alle Nuklearmächte ihre taktischen Atomwaffen (mit einer Reichweite bis zu 1000 km).

● Alle Nuklearmächte stellen jegliche Kernwaffenversuche ein. Die Entwicklung von nichtnuklearen Waffen, die auf neuen physikalischen Prinzipien beruhen und in ihrer Vernichtungskraft den Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen nahekommen, wird verboten.

● Die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über den Verzicht auf Weltraumangriffswaffen wird in ein multilaterales (mehrseitiges) Verbot von Angriffswaffen im Kosmos unter Einbeziehung aller führenden Industriemächte umgewandelt.

Dritte Etappe: 1995–2000

● Die Beseitigung aller übrigen Kernwaffen auf der Erde wird bis Ende 1999 abgeschlossen.

● Es wird eine universelle Vereinbarung ausgearbeitet, daß derartige Waffen nie mehr wieder geschaffen werden.

Die Kontrolle

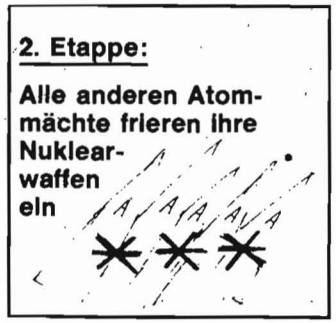
Die Kontrolle über die Verwirklichung der jeweils vorgesehenen Abrüstungsmaßnahmen erfolgt durch die einzelnen Staaten mit ihren nationalen technischen Mitteln wie auch durch internationale Kontrollmaßnahmen und durch Inspektionen an Ort und Stelle.

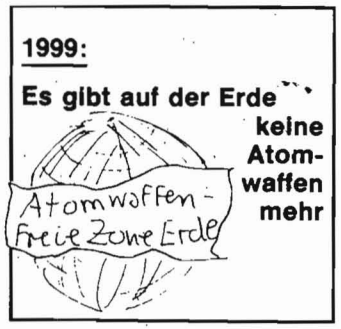
Es werden jeweils spezielle Verfahren zur Vernichtung der Kernwaffen, deren Beseitigung vereinbart ist, sowie zur Demontage, Umrüstung oder Vernichtung der Trägermittel, und die Orte, wo sie vernichtet werden, vereinbart.

aus UZ 24.1.86

Die ganze Erde in drei Etappen atomwaffenfrei

Der Gorbatschow-Plan – kurzgefaßt





UZ-Grafik: M. Kellner

Der volle Wortlaut des Textes ist erhältlich bei:
DKP Rhein-Hunsrück, Horst Petry, Hausbayerstr.4
5449 Pfalzfeld, Tel.06746/1639

T E R M I N E +++ T E R M I N E +++ T E R M I N E

3.2.86: Ostermarsch-Kreis-Sitzung in Mainz, DGB-Haus, 19 Uhr
von nun an bis zum Ostermarsch 14tägig

21.-23.2.86: Treffen der AG Friedensbüros und Friedensläden im Hunsrück. Voraussichtlich Bell/Hasselbach

28.2.-2.3.86: Tagung:"Frieden und Sicherheit - Was können wir gemeinsam verantworten?"
in der Ev. Bildungsstätte Sonnenhof in Simmern.
Es lädt ein das ev. Erwachsenenbildungswerk Rheinland-Süd und ser Versöhnungsbund Regionalgruppe Rhein-Mosel
- Programmhefte im Erwachsenenbildungswerk in Simmern

MITTEILUNGEN +++ MITTEILUNGEN +++ MITTEILUNGEN +++

Die Friedensinitiative Rhein-Hunsrück- Mosel hat bisher 30000 Flugblätter"ACHTUNG DIE RAKETEN KOMMEN" verteilt.Diese Aktion war sehr erfolgreich und fand sogar im Bundestag "Beachtung".Es ist noch ein Restbestand vorhanden,der in der Druckerei Petry,Pfalz - feld abgeholt werden kann.

● BETRIFFT: TREFFEN DER AG FRIEDENSBÜROS UND FRIEDENSLÄDEN

Wir suchen für ca 20 Tagungsteilnehmer Übernachtungsplätze möglichst in der näheren Umgebung von Kastellaun. Die Teilnehmer möchten gerne bei Leuten aus der FI übernachten, um sich in Privatgesprächen näher über unsere Situation und Arbeit zu informieren. Wer also vom 21.-23. 2. ein/zwei Leute beherbergen kann, melde sich bitte möglichst bald im Friedensbüro in Kirchberg.

● "Die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V. hat ihr neues Veranstaltungsprogramm herausgegeben. Themen zu Friedensfragen, Gewaltfreiheit und alternativen Lebensstil sind darin enthalten. Wer das Veranstaltungsprogramm bekommen will, kann dies mit beigelegtem Rückumschlag (-,50 DM) bestellen bei: Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3
7075 Mutlangen "

Frauen Dauermahnwache

Mehrere Frauen vom letzten Frauenwiderstandscamp haben Mitte Januar eine Dauermahnwache vor der Cruise Missile Baustelle begonnen.
Bei naßkaltem Wetter fällt es den Frauen nicht leicht sich im Wald einzurichten. Mit einigen Folien wurde notdürftig ein kleines Zelt zusammengebaut. Ob die Frauen dort bleiben dürfen stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Polizeibeamte kontrollierten die Personalien der Frauen und wollten "erst mal einen Bericht schreiben". Von "höherer Stelle" sollte dann entschieden werden, ob das Lager verboten sei.

Ob verboten oder nicht - die Mahnwache wurde von Berlin aus angemeldet und die Frauen wollen auf jeden Fall rund um die Uhr die Raketenbaustelle beobachten.

GREENHAM COMMON IM HUNSRÜCK ?

Im März ist die Stationierung abgeschlossen!
Wir leben seit Mitte Januar vor der Todesbasis Hasselbach - aber was heißt hier LEBEN?
Wüstes Land - tote Erde - Natodraht; die legale Vergewaltigung finden stündlich statt.
Eisige Kälte und durchnässende Schauer sind Naturgewalten, mit denen wir umzugehen lernen - aber: gibt es eine angemessene Reaktion auf die geplante und installierte Gewalt in der Basis?
Unsere Dauerpräsenz ist ein Versuch mit unserer Lebendigkeit Kontrast zu dieser Todesmaschinerie zu sein und eine Herausforderung für alle, die denken, "da kann man ja doch nichts machen".
Trotzdem stoßen wir täglich an unsere Grenzen und müssen uns mit unseren eigenen Zweifeln auseinandersetzen. Können wir denn was ausrichten?
Wenn wir mehr Frauen werden, kann unsere Dauerpräsenz Widerstand werden. Selbst jetzt stellt unsere Anwesenheit eine Bedrohung für die Hüter des patriarchaten Wahnsinns dar.
Tagtäglich drohen sie uns mit Abriß unseres Plastiktütendaseins.
Um sich vor "uns" zu schützen, haben sie atomsichere Bunker gebaut.
Sorgen wir dafür, daß sie Recht haben!

c/o Susanne Roßbach
Frauen an der Mahnwache
Todesbasis Hasselbach
5448 Kastellaun

●●●●●●●●●

Unterstützungskonto:
Petra Duve
Postscheckamt Ludwigshafen
198714 - 674

Die „kommunale Fratze" von SDI und die realen Friedenschancen

Aktionsberatung der Landesfriedensversammlung Rheinland-Pfalz

Mainz. UZ – Mehr als 200 Vertreter von Friedensinitiativen und Organisatlonen trafen sich am vergangenen Wochenende zur Landesfriedensversammlung Rheinland-Pfalz, um den Ostermarsch und andere kommende Aktivitäten der Friedensbewegung zu beraten.

Unter der Losung „Keine Waffen in den Weltraum – Auf der Erde Abrüstung!" hatten in der Eröffnungsveranstaltung gemeinsam den Vorsitz: Hans Otto Löhr als Vertreter des Mainzer Oberbürgermeisters, die IG-Metall-Funktionärin Lilo Rademacher, der Beauftragte der Krefelder Initiative Eckard Lenz und Christa Springe, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags.

Anschließend berieten die Teilnehmer in Arbeitskreisen. Die Ergebnisse der Diskussionen, in Briefen an verantwortliche Politiker festgehalten, haben unter anderem folgende Inhalte:

Die Friedensinitiativen und beteiligten Organisationen sollen den Informationsboykott über die Initiative Gorbatschows in der BRD durchbrechen und sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Das US-amerikanische SDI-Projekt und die AirLand-Battle-Strategie haben eine „kommunale Fratze"; das heißt, die Städte und Gemeinden werden von der Auswirkung dieser Strategie durch unerhörte neue Landforderungen und finanzielle Belastungen, durch Fluglärm und Flugzeugzwischenfälle direkt betroffen. Hier gelte es, Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Weiter: Rüstung schafft keine neuen Arbeitsplätze. Vor allem das SDI-Programm, von dem sich etliche große Konzerne Riesengewinne erhoffen, sei ein arbeitsplatzvernichtendes Projekt, da lediglich Forschungskapazitäten gefragt seien, die Produktion jedoch unter höchster Geheimhaltung in die USA verlagert werde.

Gorbatschow-Vorschlag nach außen tragen

Am späten Nachmittag vereinigten sich alle Teilnehmer der Friedensversammlung zu einem Abschlußpodium unter Leitung von Horst Sielaff, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Es diskutierten Alfons Siegel, CDU-Mitglied und Anhänger der Bewegung „Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung"; Torsten Lange, Bundestagsabgeordneter der Grünen, Kurt Vitinghoff, IG-Metall-Bevollmächtigter aus Bad Kreuznach und Mitglied der SPD-Fraktion im Europaparlament Straßburg, Wolfgang Bartels vom Bezirkssekretariat der DKP Rheinland-Pfalz, Herbert Mertin, Vorsitzender der Jungen Liberalen von Rheinland-Pfalz, und Heinrich Werner, Pfarrer a. D. und Mitglied der Deutschen Friedens-Union.

So differenziert auch hier die politischen Standpunkte waren, in der einen Frage herrschte Übereinstimmung: Das SDI-Programm der USA kann nicht dem Frieden dienen. Horst Sielaff faßte den die Versammlung gemeinsam bewegenden Gedanken zusammen: „Ich halte den Vorschlag Gorbatschows für so wichtig, daß wir ihn nach außen tragen müssen. Wer nicht darauf eingeht, macht sich unglaubwürdig."

Eine Forderung, die auch in dem von der Friedensversammlung verabschiedeten und noch in der Endformulierung befindlichen Ostermarschaufruf 1986 Rheinland-Pfalz ihren Ausdruck findet. Der Ostermarschaufruf endet mit dem Appell an alle Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz, sich am Ostermarsch 1986 am Ostermontag nach Hasselbach zu beteiligen.

aus UZ-Tageszeitung der DKP,31.1.86

Info-Aktion in Boppard.

Am Samstag,den 25. Januar '86 fand in der Boppar = der Fußgängerzone eine weitere Veranstaltug der FI -Boppard statt. Inzwischen gehört zum "Fundus" der dortigen Friedensfreunde ein zerlegbarer Plakatturm ein Info -Tisch, sowie eine Anzahl bunter Tragepla= kate (Hartfaserplatten). So war die ganze Aktion, an der sich alle bopparder Freunde aktiv beteilig= ten, schon rein äußerlich nicht zu übersehen.
Auch das wechselhafte Winterwetter konnte unserer guten Sache keinen Abbruch tun. Die immer fleißige Lore hatte dann auch den richtigen "Riecher": sie hatte Glühwein vorbereitet ... und was ganz Neues, zwei deftige, warme "Debbekoche" zum Verkauf in Portionen anzubieten.
Es wurden dreierlei Infoblätter -insgesamt mehr als 1200 Stück verteilt, "Anstecker" (so heißen die bei uns; unter Verzicht auf englische Leihwörter) und Aufkleber verkauft.
Daneben wurden überzählige Zeitschriften und Ver = lagsprospekte unseres "Genres" unter die Leute ge= bracht.
Die Erfahrung mit solchen Aktivitäten zeigt uns: je besser solche Aktionen vorbereitet sind, umso pro= blemloser gelingen sie. Dabei ist ganz wichtig, mö= glichst immer neue Ideen zu realisieren - das macht die Passanten aufmerksam!
Aus unserer Sicht können wir sagen: mit der regel = mäßigen Durchführung wächst der Erfolg.
Nur durch turnusmäßige Wiederholung kann unser The= ma in der Öffentlichkeit wachgehalten, die Berüh = rungsängste abgebaut werden. - Dies zeigte sich ein= deutig darin, daß die Zahl der für unser Anliegen ansprechbaren Bürger wirklich zunimmt. Eine Erkennt= nis, die uns zu bestätigen scheint, daß diese Art von Öffentlichkeitsarbeit langsam aber stetig zum Erfolg führen wird.

f.-j. ho.